



## **Das Tariftreue-Gesetz und dessen Auswirkungen**

---

Am 30.01.2002 wurde in Berlin der Zweckverbund ostdeutscher Bauverbände e. V. (ZVOB) gegründet. Mit der Gründung des ZVOB entschlossen sich ca. 2000 Bauunternehmen der neuen Bundesländer zur Gründung eines eigenen ostdeutschen Verbundes, da nach unserer Auffassung der ZDB (Zentralverband des Deutschen Baugewerbes) die Interessen der ostdeutschen Bauunternehmen den Interessen der westdeutschen Bauunternehmen unterordnet. Obwohl der ZDB in der Presse Beteuerungen abgibt, dass er das gesamte deutsche Baugewerbe gleichberechtigt vertritt und auch die Interessen des ostdeutschen Baugewerbes beachtet, erweist sich die Haltung des ZDB aus unserer Sicht in vielen Fällen nicht so.

Dieses sehen wir so bei der Aushandlung von Flächentarifverträgen, beim Entsendegesetz, bei der Bewertung, wer überbetriebliche Bauausbildungszentren betreiben darf, aber ganz besonders klar bei der Haltung zum Entwurf des so genannten Tariftreuegesetzes für Bauunternehmen in ganz Deutschland.

Gerade hier beim Tariftreuegesetz zeigt sich, dass der Zentralverband des deutschen Baugewerbes offensichtlich bereit ist, die Interessen der ostdeutschen Bauunternehmen den Interessen der westdeutschen Bauunternehmen unterzuordnen.

Wenn das so ist, stellen wir fest, dann ist das ostdeutsche Bauhandwerk und Baugewerbe gut beraten, wenn es sich eine eigene Interessenvertretung aufbaut, der die berechtigten Interessen der Bauunternehmen der neuen Bundesländer auch konsequent vertritt und sie nicht anderen unterordnet. Einige Tatsachen zeigen ganz klar, dass es dringend notwendig ist, die Interessen der Bauunternehmen in den neuen Bundesländern gezielt zu vertreten.

Die am 06.03.2002 bekannt gegebenen Arbeitsmarktzahlen zeigen, dass im Februar 2002 im ostdeutschen Baugewerbe 179.736 Bauarbeiter arbeitslos gemeldet waren. Die Arbeitslosenquote unter den gewerblichen Bauarbeitern im ostdeutschen Bauhauptgewerbe ist damit auf nunmehr annähernd 60 % gestiegen. Die vergleichbare Quote in den alten Bundesländern liegt bei rund 37 %.

Fakt ist, dass ca. 10 % der öffentlichen Bauaufträge in den neuen Bundesländern an Unternehmen aus den alten Bundesländern vergeben werden, umgekehrt jedoch erhalten nicht einmal 1 % der öffentlichen Aufträge in den alten Bundesländern die Bauunternehmen aus den neuen Bundesländern.

29 % aller öffentlichen Bauaufträge im Freistaat Thüringen werden an Unternehmen mit ihrem Sitz außerhalb von Thüringen vergeben. Öffentliche Aufträge im Freistaat Bayern hingegen nur zu 9 % an Unternehmen, die ihren Sitz außerhalb von Bayern haben.

Es ist nun einmal so, dass wir in Deutschland eine echte handfeste Krise im Baugewerbe haben, d. h., mehr als 40 % der Baukapazitäten liegen zur Zeit brach und das verteilt sich auf die Bauarbeiter mit ca. 60 % in den neuen Bundesländern und ca. 37 % in den alten Bundesländern. Ganz klar also, das Bauhandwerk, ja das gesamte Baugewerbe in den neuen Bundesländern ist von der Strukturkrise nahezu doppelt so stark betroffen und geschädigt wie das in den alten Bundesländern. Trotzdem beginnt auf Bundesebene, offensichtlich auch mit Unterstützung der wesentlichen politischen Parteien,



ja sogar zu unserem Entsetzen mit Unterstützung des Zentralverbandes des deutschen Baugewerbes (ZDB) und des Zentralverbandes des deutschen Handwerks (ZDH) ein Verdrängungswettbewerb im Baugewerbe West gegen Ost.

Jetzt gerade in dieser schwierigen Krisenzeit für das Baugewerbe bringt die rot-grüne Bundesregierung, also die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Grüne, einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag ein, der dort lautet: „Entwurf eines Gesetzes zur tariflichen Entlohnung bei öffentlichen Aufträgen zur Einrichtung eines Registers über unzuverlässige Unternehmen“ – kurz „Entwurf eines Gesetzes zur Tariftreueerklärung“.

Mit dem Tariftreuegesetz beabsichtigt die Bundesregierung durchzustellen, dass jedes Bauunternehmen, welches sich um einen öffentlichen Auftrag bewirbt, eine Tariftreueerklärung abgibt, in der sich dieser Betrieb verpflichtet, den Lohn des Bautarifvertrages zu bezahlen, in dessen Bundesland die Baustelle sich befindet. D. h. wenn ein Bauunternehmen aus Thüringen sich um einen öffentlichen Auftrag in Hessen bemüht, dann muss er den Lohn tarif für das Baugewerbe in Hessen bezahlen. Wenn er einen öffentlichen Auftrag in Niedersachsen haben will, dann muss er sich verpflichten, den Bautarif Niedersachsen zu bezahlen. Ja sogar, wenn ein nichttarifgebundener Baubetrieb in Thüringen sich um einen öffentlichen Auftrag bewirbt, dann muss er den Thüringer Bautarif an seine Leute zahlen, unabhängig davon, ob er einer Tarifpartei angehört oder nicht.

Selbst wenn sich also ein Baubetrieb Thüringens aus guten Gründen nicht der tarifvertragsabschließenden Partei anschließt, sondern auf sein Recht der Koalitionsfreiheit laut Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland pocht und sich von der tarifabschließenden Partei nicht hinreichend vertreten fühlt, wird somit durch politische Gesetze der Zwang zur Bindung an den Tarifvertrag ausgeführt. Wenn z. B. die IG Bau in Thüringen mit dem alten Landesinnungsverband Bau Thüringen verhandelt, dann muss man einfach wissen, dass nach dem aktuellen Kenntnisstand, der auch dem Wirtschaftsministerium Thüringen vorliegt, nur noch eine einzige Bauinnung und 2 oder 3 Landesinnungen Mitglied des alten Landesinnungsverbandes Bau Thüringen sind. Wenn wir es richtig wissen, hat diese Innung nur noch 19 Innungsmitglieder.

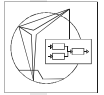
Die IG Bau verhandelte also mit einem Arbeitgeberverband, der wahrscheinlich nur ca. 100 Baubetriebe vertritt. Durch die Wirksamkeit eines Tariftreuegesetzes jedoch wäre das Verhandlungsergebnis der IG Bau mit dem Landesinnungsverband Bau Thüringen bei öffentlichen Aufträgen in Thüringen Rechtsbasis für die Lohnzahlungen.

Eine Vertretung von ca. 5 % der Baubetriebe Thüringens würden dann einen Tarifvertrag für alle öffentlichen Aufträge Thüringens aushandeln.

Was soll das ? Wo ist hier die Rechtsgrundlage ?

Des Weiteren muss man einfach wissen, dass der Gesamttarifstundenlohn eines Facharbeiters in der Gruppe 3 zur Zeit 12,47 EUR, d. h. 24,38 DM in den neuen Bundesländern beträgt. Dagegen beträgt in den alten Bundesländern der Gesamttarifstundenlohn dieses Facharbeiters 13,98 EUR, das sind 27,35 DM. Tatsache jedoch ist, dass der durchschnittliche Mittellohn aller Berufsgruppen in der Urlaubs- und Lohnausgleichskasse der Bauwirtschaft in den neuen Bundesländern 9,89 EUR, d. h. 18,95 DM, beträgt. Nachzulesen im Geschäftsbericht der SoKa-Bau 2000. Diese Daten zeigen die Diskrepanz zwischen Lohnwirklichkeit und Tariflohnfiktion deutlich.

Obwohl man also weiß, dass der Baulohn in den neuen Bundesländern nur bei 18,95 DM/9,89 EUR liegt, sagt der Tarifvertrag 24,38 DM (12,47 EUR) und man handelt mutig und lustig über weitere 5–5,5 % Steigerung, obwohl jeder am Verhandlungstisch weiß, dass für bestenfalls 20 % der Bauarbeiter überhaupt eine Tarifbindung in den neuen Bundesländern erreicht wird und die Mehrzahl der Betriebe diesen Tariflohn von vornherein nicht zahlt, sonst könnten nicht 18,95 DM bei der ULAK ermittelt werden.



In den Analysen der Universität Köln sowie der Universität in Mainz stellt man fest, dass die Arbeitsproduktivität im Baugewerbe der neuen Bundesländer bei ca. 70 % der Arbeitsproduktivität der alten Bundesländer liegt. Selbst wenn die Arbeitsproduktivität nur um 20 % auseinander klaffen würde, weiß also jeder, wenn trotz 20 % oder 30 % geringerer Arbeitsproduktivität 100 % Lohn gezahlt werden soll, dass er den Betrieb mit deutlich geringerer Arbeitsproduktivität wirtschaftlich ruiniert. Das heißt also, wenn ein Bauunternehmen aus den neuen Bundesländern sich bei Verabschiedung des Tariftreuegesetzes um einen öffentlichen Auftrag in den alten Bundesländern bewirbt, dann muss er 100 % Westtarif bezahlen – dann hätte er aber nur eine Chance, wenn er auch 100 % Westproduktivität entfalten könnte.

Da dies nach Ermittlungen der o. g. Universitäten nicht der Fall ist, dass der ostdeutsche Betrieb bereits die gleiche Arbeitsproduktivität wie der westdeutsche Baubetriebe erreicht hat, ist der ostdeutsche Baubetrieb faktisch von öffentlichen Aufträgen in den alten Bundesländern völlig ausgeschlossen und wird selbst bei Aufträgen in den neuen Bundesländern, also in seinem eigenen Bundesland, kaum noch Chancen haben, an öffentliche Aufträge heranzukommen.

Die o. g. Universitäten Mainz und Köln und auch der Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Herr Dr. BERNHARD VOGEL, erklärten öffentlich auf Basis fachlich fundierter Wirtschaftlichkeitsstudien, dass die Inkraftsetzung dieses Tariftreuegesetzes eindeutig gegen die Interessen der Bauunternehmen der neuen Bundesländer gerichtet ist.

In dem Sachverständigengutachten der JOHANN-GUTENBERG-UNIVERSITÄT Mainz wird erklärt, dass bei dem so genannten Tariftreuegesetz das Vergaberecht zu sachfremden Zwecken instrumentalisiert würde und dass das Vergaberecht nichts mit dem Ziel des angeblichen Schutzes von Arbeitsplätzen in Deutschland vor ausländischer Konkurrenz zu tun hat. Die Universität Mainz erklärt in ihrem Sachverständigengutachten zum Tariftreuegesetz:

„Das Tariftreuegesetz ist ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm in Ostdeutschland. Ostdeutsche Bauunternehmen verlieren gegenüber ihrer westdeutschen Konkurrenz den regelmäßigeinigsten Wettbewerbsvorteil des niedrigen Lohnniveaus.“

Auch die Hochschule Bremen stellt in ihrer Stellungnahme zum Tariftreuegesetz fest: „...das Tariftreuegesetz stellt ein Kartell zur Regulierung des Wettbewerbs dar“ und „Der Wettbewerb wird mit diesem Gesetz vorrangig auf bestimmte Felder verwiesen.

Der Gesetzgeber beeinträchtigt den Wettbewerb von Unternehmen, die für einen Marktzutritt auf eine Lohnsenkungsstrategie angewiesen sind und erschwert es ihnen, über den Wettbewerb ihrerseits sukzessiv Leistungs- und Produktivitätssteigerung zu entwickeln.“

Des Weiteren stellt die Hochschule Bremen fest: „...dass das Tariftreuegesetz den Anreiz für Unternehmen zur Ausbildung von Fachkräften mindere.“

Dies alles weiß natürlich auch (davon gehen wir aus) der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB). Dessen ungeachtet ist er für das Tariftreuegesetz.

Selbst die Frage, ob bei den ostdeutschen Bauunternehmen die Entlohnung in Westdeutschland auf 90 % des Westtarifes bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ab 50 TEUR abgemindert wird, ist dem ZDB nicht niedrig genug, sondern der ZDB erklärt, das Tariftreuegesetz soll angewendet werden für öffentliche Aufträge ab 20 TEUR, und für Ostbaubetriebe soll keine Absenkung auf 90 % des Westtarifes erfolgen.

Der ZVOB fragt öffentlich an, sieht so die Interessenvertretung des ZDB für die Baubetriebe der neuen Bundesländer aus?

In christlichen Familien gilt der Grundsatz: „Willst du in das Himmelreich, halte deine Kinder gleich.“

Übertragen auf die Interessenvertretung von Mitgliedern eines Verbandes heißt das, ich muss eine Interessenabwägung meiner Mitglieder vornehmen und darf keine Mitgliedergruppe zugunsten anderer Mitgliedergruppen benachteiligen.



Von mehr als 20 Bundestagsabgeordneten, von mehreren Universitäten und Hochschulen, von mehreren Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer wird eindeutig der Standpunkt vertreten, das Tariftreuegesetz ist stark schädlich für die Bauunternehmen der neuen Bundesländer, ja es wird bezeichnet als Arbeitsplatzvernichtungsprogramm im Baugewerbe der neuen Bundesländer und der Verband ZDB, an den mehrere ostdeutsche Bauunternehmen Beiträge zahlen, nimmt diese Beiträge und erarbeitet damit Stellungnahmen zum Nachteil seiner ostdeutschen Mitglieder.

Dieses zumindest ist die Auffassung des Zweckverbundes der ostdeutschen Bauverbände.

Der ZVOB will keinen Schaden für die Bauunternehmen der alten Bundesländer. Dies ist auch nicht zu befürchten, denn in dem Sachverständigengutachten des Progressinstituts für Wirtschaftsforschung Berlin wird festgestellt, dass ostdeutsche Firmen einen Anteil von 27 % am gesamten Bauvolumen der Bundesrepublik haben; weiterhin, dass ca. 10 % des öffentlich finanzierten Bauvolumens in Ostdeutschland durch Unternehmen aus Westdeutschland realisiert worden ist.

Es besteht in den neuen Bundesländern faktisch seit Jahren ein relativ hoher Importüberschuss oder Transferleistungen von westdeutschen Bauleistungen für die öffentliche Hand nach Ostdeutschland.

Es ist davon auszugehen, dass es ostdeutschen Baufirmen nur in Ausnahmefällen gelungen ist, auf dem westdeutschen Bauplatz Fuß zu fassen und dort Marktanteile beim öffentlichen Bau zu erringen. So hat Thüringen beispielsweise 29 % aller öffentlichen Bauaufträge an Unternehmen mit ihrem Sitz außerhalb von Thüringen vergeben, Bayern dagegen nur 9 %.

Bauunternehmen aus den neuen Bundesländern haben nur maximal 1 % der öffentlichen Aufträge der alten Bundesländer erreicht. Obwohl also ein 10facher Überhang von Transferleistungen Bau von West nach Ost geht, würde das Tariftreuegesetz nach Ansicht des ZVOB und mehrerer Hochschulen und Universitäten noch zur zusätzlichen Verstärkung der öffentlichen Aufträge in den neuen Bundesländern an Unternehmen der alten Bundesländer gehen und andererseits die ostdeutschen Bauunternehmen von öffentlichen Aufträgen der alten Bundesländer ja geradezu ausschließen.

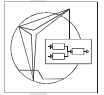
Das alles vollzieht sich mit voller Zustimmung des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes. Mit Erschrecken haben die Bauhandwerksinnungen der neuen Bundesländer aber auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass selbst im ZDH (Zentralverband des Deutschen Handwerks) nach Auffassung auch des neuen Thüringer Landesinnungsverbandes Bau die Interessen der Westhandwerkskammern den Interessen der Osthandwerkskammern übergeordnet worden sind, da der ZDH dem Entwurf zum Tariftreuegesetz ebenfalls seine Zustimmung gegeben hat.

Wir rufen alle Bauunternehmen der neuen Bundesländer auf, ja wir rufen auch die Beschäftigten des Bauhandwerks und des Baugewerbes in den neuen Bundesländern auf, schauen Sie bitte genau hin, wer ihre wirtschaftliche Existenzfähigkeit untergraben will und wer sich dafür stark macht, dass die Interessen der Bauunternehmen und der Baubeschäftigten in den neuen Bundesländern gleichwertig behandelt werden, wie die Interessen der Bauunternehmen und der Baubeschäftigten in den alten Bundesländern.

Es darf nicht wahr sein, dass 12 Jahre nach der Einheit Gesetze in Deutschland verabschiedet werden, die die Ostdeutschen in grober Weise benachteiligen und es kann nicht wahr sein, dass gewählte Vertreter des Baugewerbes im ZDB oder im ZDH bei der Interessenabwägung die Interessen der ostdeutschen Bauunternehmen den der größeren Mitgliederzahl der alten Bundesländer unterordnen.

12 Jahre lang ist so etwas eigentlich nicht passiert. Jetzt wo das Baugewerbe in einer existenziellen Krise steckt, opfern diese Verbände die Interessen der ostdeutschen Baubetriebe den Interessen der Westbetriebe aufgrund ihrer höheren Mitgliederzahl im Westen.

Richtig, auf Dauer soll es keine Spaltung der Interessen der Arbeitgeber von Ost und West geben.



Wenn die Interessen der Ostbaubetriebe jedoch nach Auffassung des ZVOB unterpflügt werden unter die Interessen der westdeutschen Baubetriebe, dann gilt es, Position zu beziehen, Flagge zu zeigen und sich zu orientieren und mit Gleichgesinnten eine Interessenvertretung aufzubauen.

Solange Ostinteressen den Westinteressen untergeordnet werden, wird es eine separate Vertretung der Ostbaubetriebe geben müssen und sie wird es auch geben.

Die Zielsetzung des Gesetzes, nämlich die Ordnungsfunktion der Tarifverträge bei Bauleistungen zu stärken sowie arbeits- und sozialpolitisch unerwünschte Fehlentwicklungen zu bekämpfen bzw. zu vermeiden, kann mit dem geplanten Gesetz nicht erreicht werden.

Die Baubetriebe aus den neuen Bundesländern einschließlich Berlin würden bei einer Einführung dieses Gesetzes unweigerlich ihre Wettbewerbsfähigkeit bei öffentlichen Aufträgen nicht nur auf den Baumärkten in den alten Bundesländern verlieren, sondern ihre Wettbewerbsposition würde sich auch auf den heimischen Baumärkten erheblich schwächen. Als unmittelbare Folge dieses Gesetzes würden damit bei den Baubetrieben in den neuen Bundesländern weitere Arbeits- und Ausbildungsplätze im Baugewerbe verloren gehen.

Das Gesetz verpflichtet auch tarifrechtlich nicht gebundene Bieter, die öffentliche Aufträge erhalten wollen, die Einhaltung der Tariflöhne zu erklären und zu garantieren, also solche, an die sie arbeitsrechtlich ansonsten nicht gebunden sind und an deren Vereinbarung sie aus guten Gründen nicht mitgewirkt haben.

Gegen ein solches Verfahren wäre nichts einzuwenden, wenn gewährleistet wäre, dass die Tarifbindung und damit die Einhaltung der von den Spitzenverbänden der deutschen Bauwirtschaft mit der IG Bau vereinbarten Tariflöhne die Regel wäre. Dies ist jedoch in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin die Ausnahme. Nach verlässlichen Schätzungen liegt die Quote der gewerblich Beschäftigten in tarifgebundenen Baubetrieben hier nur bei rd. 20 bis max. 25 % der in der Region beschäftigten Bauarbeiter.

Der beabsichtigte Schutz der Ordnungsfunktion von Tarifverträgen bei Bauleistungen kann durch die Einführung eines Tariftreuegesetzes auch deshalb nicht erwartet werden, weil der Anteil des öffentlichen Baus am Bauvolumen in Deutschland (Jahr 2000) nur noch bei rund 16 % liegt. Ohnehin bleibt unverständlich, warum der Gesetzgeber die anstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Berliner Tariftreueerklärung auf Vorlage des BGH (Beschluss vom 18.01.2000 – KVR 23/98) nicht abwartet, die eine allgemeine Beurteilung der Verfassungsmäßigkeit dieser Vorhaben – nicht nur solcher mit landesgesetzlicher Grundlage – erwarten lässt.

Insgesamt lassen die Fakten erkennen, dass sich der Gesetzgeber mit der Verwirklichung dieses Gesetzesvorhabens – willentlich oder unbewusst zum Werkzeug der Ausschaltung der ostdeutschen Baubetriebe zugunsten der aus den alten Bundesländern machen würde. Angesichts der bereits bestehenden hohen Arbeitslosigkeit im ostdeutschen Baugewerbe (rund 179.736 arbeitslose Bauarbeiter allein im Bauhauptgewerbe, das entspricht einer Arbeitslosenquote von rund 60 %) und des zu erwartenden Verlustes vieler Ausbildungsplätze kann die Einführung eines bundesweiten Tariftreuegesetzes, das die Lage der ostdeutschen Baubetriebe dramatisch verschlechtern würde, nicht im Interesse der Gesetzgebers liegen.

Geordnete Verhältnisse auf dem ostdeutschen Bauparkt einschließlich Berlin sind nur dann zu erwarten, wenn die zunehmende illegale Beschäftigung von Schwarzarbeit wirksamer als bisher bekämpft wird. Die Tarifvertragsparteien sind aufgerufen, sich auf Mindestbedingungen zu einigen, die am Markt durchsetzbar sind.

Es ist nicht sinnvoll, anstelle der von einzelnen Bundesländern erlassenen Tariftreuegesetzen eine bundeseinheitliche Regelung zu erlassen. Insbesondere die Entwicklung auf dem Berliner Bauarbeitsmarkt zeigt, dass das Tariftreuegesetz den Arbeitsplatzabbau nicht stoppen konnte.



Die Erfahrungen der Baubetriebe zeigen, dass die Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit bei den Vergabestellen kein Auswahlkriterium darstellen. In der Regel wird an den billigsten Bieter vergeben, während die Preiswürdigkeit der Angebote überhaupt keine Rolle mehr spielt.

Hinzu kommt der Druck der Rechnungshöfe auf die Vergabestellen, Bauleistungen möglichst billig „einzukaufen“. So empfiehlt der Berliner Rechnungshof pauschale Preisabschläge bei der Vergabe von Bauleistungen vorzunehmen, allein mit dem Argument, dass niedrigere Preise zur Zeit am Markt durchsetzbar seien.

Der ZVOB hält das Gesetz nicht für verfassungsgemäß. Der Gesetzentwurf verstößt insbesondere gegen die negative und positive Koalitionsfreiheit. Die vom Grundgesetz geschützte Tarifautonomie wird damit weiter ausgehöhlt.

Die Beschränkung der Tariftreueverpflichtung auf die tariflichen Löhne und Gehälter unter Ausklammerung anderer tariflicher Regelungen bewirkt, dass die Wettbewerbsunterschiede, insbesondere auch gegenüber den auswärtigen Anbietern, bestehen bleiben. Auch von dieser Seite her wird die beabsichtigte Ordnungsfunktion des Gesetzes untergraben.

Die beim Tariftreuegesetz im Wirtschaftsausschuss des Bundestages erörterte Frage, ob Tariflohn statt nach dem Ort der Leistungserbringung oder nach dem Unternehmenssitz angesetzt werden soll, erklären wir wie folgt:

Der ZVOB kann darin keine praktikable Alternative erkennen, anstelle des Tariflohns am Ort der Leistungserbringung auf den Tariflohn am Unternehmenssitz abzustellen. Die Verbesserung wäre aus der Sicht der ostdeutschen Baubetriebe nur marginal. Der Unterschied zwischen dem Tariflohn-Ost (Gruppe III: 12,47 €), den die Baubetriebe nach Einführung der Tariftreueerklärung zahlen müssten, und dem Mittellohn (9,69 €), der gegenwärtig gezahlt wird, beträgt weiterhin rund 22 %.

Das Baugewerbe ist eine lohnintensive Branche. Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes haben die Personalkosten einen Anteil am Bruttoproduktionswert (Jahr 1999) von 33 %. Unter Berücksichtigung der Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen, deren Anteil am Bruttoproduktionswert 25,2 % ausmacht und die ebenfalls ein Drittel Lohn enthalten, liegen die Personalkosten am Bruttoproduktionswert bei rund 41 %.

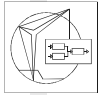
Die Kostenstrukturerhebung für das Baugewerbe des Statistischen Bundesamtes zeigt darüber hinaus, dass der Anteil der Personalkosten am Bruttoproduktionswert in Abhängigkeit der Betriebsgröße stark schwankt. Der Anteil der Personalkosten bei den Betrieben in der Beschäftigungsgrößenklasse 20 bis 49 Beschäftigte liegt bei rund 39 % und bei den Betrieben mit 1000 und mehr Beschäftigten bei rund 26 %. Da wir davon ausgehen können, dass sämtliche andere Kostenfaktoren nahezu Fixkostencharakter haben, d. h. zwischen den Betrieben nur marginale Differenzen auftreten werden, wird der Wettbewerb im Baugewerbe maßgeblich über den Lohn ausgetragen. Da der Anteil der Lohnkosten, wie wir der Kostenstrukturerhebung durch das Statistische Bundesamt entnehmen konnten, bei den kleineren und mittleren Baubetrieben im Vergleich zu den größeren Betrieben von besonderem Gewicht ist, werden gerade jene Betriebe durch das geplante Tariftreuegesetz am stärksten geschädigt.

Zur Frage, ob man für Ostbetriebe 90 % des Westarifs festsetzen sollte, sagen wir:

Eine Regelung, die eine Entlohnung in Höhe von 90 % des am Ort der Leistungserbringung geltenden Tarifvertrages vorsieht, wäre nicht geeignet, die Wettbewerbssituation der ostdeutschen Baubetriebe zu verbessern. Für die ostdeutschen Baubetriebe würde dies konkret bedeuten, dass sie beispielsweise vom Westlohn (Gruppe III: 13,98 €) 90 % zu zahlen hätten, das entspricht 12,59 €. Entscheidend ist jedoch die Differenz zwischen dem Mittellohn und dem Tariflohn, die gegenwärtig bei 22 % liegt.

Aus der Sicht des ZVOB ist es ein völlig verkehrter Ansatz, vom Tariflohniveau in Ostdeutschland auszugehen. Diese angedachte Regelung muss scheitern, da in den neuen Bundesländern nur eine Minderheit der Baubetriebe tarifgebunden ist und auch von diesen nur eine Minderheit die Tarifverträge einhält. Für die Einschätzung, welches Lohnniveau auf dem ostdeutschen Baumarkt realistisch anzuse-

hen ist, können die Effektivlöhne und der Mittelohn herangezogen werden. Es zeigt sich, dass sowohl der Effektivlohn als auch der Mittelohn in Ostdeutschland regional differiert. Dies ist auch der Grund, weshalb der ZVOB dafür plädiert in Tarifverträgen Regelungen vorzusehen, die regionalen als auch betrieblichen Belangen mehr Raum verschaffen.



Der ZVOB stimmt mit der Auffassung überein, dass es sich bei dem Tariftreuegesetz um ein gesetzlich erzwungenes Kartell zur Verteidigung marktwidriger Tarifvereinbarungen handelt.

Der ZVOB hält die Bedenken des BGH gegen das Berliner Vergaberecht so gewichtig, dass die Entscheidung des in dieser Sache angerufenen Bundesverfassungsgerichts in der Tat abgewartet werden soll.

Der ZVOB hält das geplante Gesetz und die dort vorgeschlagenen Maßnahmen und Instrumente nicht für geeignet, um die Krisensituation des deutschen Baugewerbes nachhaltig zu verbessern.

Der ZVOB ist der Auffassung, dass die geltenden Gesetze, insbesondere der Mindestlohn, durchgesetzt werden müssen. Ein bundeseinheitliches Vergabegesetz ist daher überflüssig.

Außerdem müssen die Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung effektiver und stärker als bisher bekämpft werden. Dazu ist die Einführung einer elektronisch lesbaren Chipkarte, die den Sozialversicherungsausweis ersetzen soll, unabdingbar.